

SOPAINFO **rente**

16

Wahlaussagen der Parteien zu rentenpolitischen Forderungen der IG Metall

Langer Weg zu guter Rente

Die IG Metall will das bestehende Rentenniveau verteidigen und ausbauen. Und sie will einen flexiblen Ausstieg statt Rente mit 67. Gerecht finanziert durch eine Erwerbstätigenversicherung. Dies erfordert einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik.

Rentenniveau sichern und ausbauen:

Das Rentenniveau spiegelt das Verhältnis zwischen durchschnittlichen Löhnen und der sogenannten Standardrente (45 Versicherungsjahre, Durchschnittsverdienst) wider. Durch zahlreiche Veränderungen der Rentenformel droht vielen Menschen Altersarmut. Wer heute in Rente geht und eine Alterssicherung in Höhe von 1000 € erwarten kann, müsste unter sonst gleichen Rahmenbedingungen im Jahre 2030 mit einer Rente vorlieb nehmen, die einer Kaufkraft von heute rund 800 € entspricht. Die IG Metall lehnt die Senkung des Rentenniveaus ab. Sie will das heutige Niveau verteidigen und wieder auf den Stand des Jahres 2000 ausbauen. Eine solche Anhebung könnte beispielsweise durch die Streichung der Riestertreppe und des Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenformel bewirkt werden. Sie wäre zusammen mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (vgl. SOPAINFO 15) ein wesentlicher Schritt, um für den Großteil der Bevölkerung akzeptable Renten durchzusetzen.

Flexible Ausstiegsmöglichkeiten statt Rente mit 67:

Zudem lehnt die IG Metall die Rente mit 67 ab. Die Anhebung des Renteneintrittsalters muss für alle Rententypen rückgängig gemacht werden. Stattdessen müssen die Menschen die Möglichkeit bekommen, auch vorzeitig zu akzeptablen Bedingungen in Ruhestand zu gehen. Daher will die IG Metall die Neuregelung der Altersteilzeit. Sie muss wieder aus Mitteln der Bundesagentur gefördert werden. Die Förderung könnte an die Wiederbesetzung der freiwerdenden Stellen durch Langzeitarbeitslose oder förderungsbedürftige Jugendliche geknüpft werden. Notwendig ist weiterhin die Möglichkeit, abschlagsfrei nach 40 Versicherungsjah-

Auswirkungen der IG Metall Vorschläge auf den Rentenbeitragssatz in 2030

Maßnahme	Kosten	Gegenfinanzierung
Abschaffung Rente 67	0,5 Beitragspunkte (BP)	
Neue Altersteilzeit	Keine Auswirkung auf Beitragssatz	Alternative Beitragssatzgestaltung: schrittweise Anhebung in kleinen Schritten auf 22 BP
Erwerbsminderungsrente		
– Abschläge streichen	0,3 BP	
– Zugang erleichtern	0,4 BP	
Rentenniveau erhalten	gut 2 BP	
Nach 40 Vers.-Jahren abschlagsfrei mit 60	Beide Optionen insgesamt 1 BP	Erwerbstätigenversicherung bis zu 1,7 BP Entlastung (vgl. Prognos)
Nach 45 Vers.-Jahren abschlagsfrei		
Anhebung vom heutigen Niveau auf 2000er-Niveau	1 BP	Rentenversicherungsbeiträge für Alg II-Bezieher, bis zu 1 BP Entlastung

Wegen abnehmender Entlastungswirkungen der Gegenfinanzierung (Abschmelzen der Nachhaltigkeitsreserve, Entstehung zusätzlicher Ansprüche) kann nach 2030 ggf. eine moderate Anhebung des Beitragssatzes über 22 Prozent notwendig sein. Quelle: IG Metall Vorstand, FB Sozialpolitik



ren mit 60 sowie unabhängig vom Lebensalter nach 45 Versicherungsjahren ausscheiden zu können. Zudem muss die Erwerbsminderungsrente neu geregelt werden. Sie muss deutlich höher ausfallen, z. B. durch die Streichung von Abschlägen. Es muss aber auch der Zugang zur Erwerbsminderungsrente erleichtert werden.

Das meinen die Parteien:

Die heutige Regierungskoalition aus Union und FDP steht den rentenpolitischen Forderungen der IG Metall überwiegend ablehnend gegenüber. Bei der Union finden sich lediglich Anknüpfungspunkte hinsichtlich einer geplanten Besserstellung von Beziehern von Erwerbsminderungsrenten durch „spürbare Erhöhung der Rentenansprüche“, wie es im „Regierungspro-

gramm“ der Union heißt. Zudem will die Union Erziehungszeiten (Mütterrente) stärker berücksichtigen und Minirenten unter engen Voraussetzungen bis auf 850 € brutto aufstocken. Dies gilt aber nur für Personen, die 40 Jahre lang gesetzlich versichert sind und private Vorsorge betrieben haben.

In der FDP ist man nicht mal dazu bereit, diese minimalen Verbesserungen mitzutragen. Kleine Schnittmengen gibt es lediglich beim Konzept, Rente mit 60 zu ermöglichen. Hierbei sollen aber versicherungsmathematische Abschläge in vollem Umfang anfallen. Das wäre nach derzeitigem Recht in der Zukunft über 25 Prozent. Damit ist der an sich sinnvolle Vorschlag zur Flexibilisierung des Altersausstieges vollständig entwertet. Größere Übereinstimmungen gibt es bei den Oppositionsparteien. Die Linke lehnt die Rente mit 67 ab und will diese ohne Wenn und Aber abschaffen. Und auch bei der SPD gibt es Bewegung. Sie steht zwar grundsätzlich zur Rente mit 67. Will diese aber aussetzen, solange weniger als 50 Prozent der 60 bis 64-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Das heißt für die nächste Legislaturperiode immerhin: Keine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters. Anders allerdings die Grünen. So wie Union und FDP beharren auch sie auf der Rente mit 67.

Hinsichtlich der Frage des Rentenniveaus gibt es innerhalb der Opposition ein unterschiedliches Herangehen. Während die Linke das Rentenniveau auf den Stand vor den Veränderungen durch die rot-grüne Koalition unter Gerhard Schröder anheben will, bleiben die Äußerungen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unklar. Die SPD sagt, dass sie das Sicherungsniveau bis zum Jahr 2020 erhalten will. Aber es werden keine Maßnahmen benannt, die tatsächlich dazu führen würden, das Rentenniveau zu halten. Ähnlich verhalten sich auch die Grünen. Sie wollen zwar verhindern, dass das Rentenniveau deutlich weiter sinkt. Hier bleibt aber offen, was unter „deutlich“ zu verstehen ist. Ebenso offen bleibt, mit welchen Maßnahmen das Ziel erreicht werden soll.

Größere Übereinstimmung mit der IG Metall besteht bei den Oppositionsparteien hinsichtlich der Umgestaltung der Erwerbsminderungsrente. Die gesamte Opposition will zumindest die Leistungshöhe verbessern. Möglichkeiten vorzeitig auszusteiden, werden in Teilen der Opposition gefordert: Wie die IG Metall fordert die Linke einen abschlagsfreien Ausstieg nach 40 Versicherungsjahren, die SPD will immerhin nach 45 Versicherungsjahren einen abschlagsfreien Ausstieg ab 63 ermöglichen. Die Grünen unterscheiden sich hinsichtlich des Ausstiegs hingegen nicht grundlegend von der FDP. Ein Ausstieg mit 60 soll möglich sein, aber nur mit horrenden Abschlägen.



„Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik. Hierzu gehören flexible Ausstiege statt Rente mit 67 ebenso, wie die Verteidigung und Anhebung des Rentenniveaus.“

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Rente: Was meinen die Parteien zu den wesentlichen Forderungen der IG Metall?

Eine Übersicht kann abgerufen werden:

Fazit:

Auch durch den Druck der IG Metall ist den Parteien Bewegung in die Alterssicherungsdebatte gekommen. In wichtigen Einzelfragen, z.B. einer deutlichen Erhöhung der Erwerbsminderungsrente, zeichnen sich gute Durchsetzungsmöglichkeiten ab. In Kernfragen, wie der Rente mit 67 und beim Rentenniveau ist es aber noch ein langer Weg, bis aus Bevölkerungsmehrheiten auch politische Parlamentsmehrheiten werden. Daher ist es auch weiterhin das Anliegen der IG Metall, den öffentlichen und betrieblichen Druck hoch zu halten. Vor und nach der Bundestagswahl.



Quelle: IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Sozialpolitik

Impressum:

Herausgeber: IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Sozialpolitik, 60519 Frankfurt am Main

Verantwortlich: Hans-Jürgen Urban

Redaktion: Christoph Ehlscheid, Axel Gerntke, Angelika Beier, Stefanie Janczyk

Gestaltung: Warenform

Das SOPAINFO kann direkt per Mail bezogen werden. Zur Aufnahme in den E-Mailverteiler bitte eine kurze Mail senden an:

agnes.stoffels@igmetall.de. Abbestellung bitte ebenfalls per Mail an diese Adresse.

